

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/56

21. März 1974

März 1974: Polen und die Bundesrepublik

Stand und Erwartungen einer beginnenden Kooperation

Von Hans Koschnick
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Lohn der Beharrlichkeit

Sportvereinbarung ein Ergebnis politischer und
sportlicher Vernunft

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 3 / 34 Zeilen

Bundesrepublik muß ein Land für Leser werden

Im Bibliotheksbereich bereits ein kulturelles
Entwicklungsland

Von Dieter Lattmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung
und Wissenschaft

Seite 4 und 5 / 79 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
T 2 2 1 3 3 7 2

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

März 1974: Polen und die Bundesrepublik

Stand und Erwartungen einer beginnenden Kooperation

Von Hans Koachnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen haben in den letzten zwei Jahren die Basis des im Jahre 1971 paraphierten und im Frühsommer 1972 ratifizierten Vertrages im Sinne einer Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen genutzt. Das wird niemand bestreiten. Das Klima, die politische Atmosphäre, ist, wie man zu sagen pflegt, aufgelockert geworden. Aber: Wer heute behaupten wollte, zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland sei sozusagen nichts mehr zu regeln, das müßte man wohl auf beiden Seiten als völlig wirklichkeitsfremd bezeichnen. Denn die Verträge haben ja eigentlich nicht Probleme beseitigt - sie haben vielmehr erst die Möglichkeit geschaffen, wieder miteinander ernsthaft ins Gespräch zu kommen, gegenseitige Probleme und Schwierigkeiten zu diskutieren, und die Chancen zur Verständigung nüchtern zu untersuchen.

Daß die seitherigen Schritte aufeinander zu nützlich für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gewesen sind, braucht man nicht zu unterstreichen; daß sie aber auch deutlich gemacht haben, wie tief die Gräben sind und gewesen sind, die fünf Jahre faschistischer Okkupation und 25 Jahre Kalten Krieges zwischen Ost und West aufgeworfen haben, das ist ebenfalls nicht zu bestreiten. In der Bundesrepublik ist deswegen der ostpolitischen Euphorie vielfach die ostpolitische Ernüchterung gefolgt. Im Gegensatz zu manchen Tagträumern betrachte ich jedoch diese Entwicklung nicht nur als Nachteil. Es ist, so meine ich, wenig dauerhaft, die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten nur als moralisches Problem zu begreifen; es kommt vielmehr darauf an, die Vielschichtigkeit und das Zusammenwirken politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Faktoren zu erkennen und entsprechend zu handeln.

In dieser Phase der begrifflichen Klärung befinden sich zur Zeit, um das ganz freimütig zu bekennen, viele Leute in der Bundesrepublik. Sie lernen zu verstehen, daß die Politik der Normalisierung und der Friedenssicherung nicht allein vom Schwung der großen Versöhnungsgesten lebt; sie müssen erleben, wie mühselig und wie langwierig und wie kompliziert es ist, politische Absichtserklärungen in Verträge und Abmachungen umzusetzen, die den beiderseitigen Interessen entsprechen und damit notwendigerweise Kompromißlösungen enthalten. Das gilt vor allem auch für die zähflüssigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.

Es gibt inzwischen manche in unserem Lande - und sicherlich auch in Polen -, die diese Phase in der Entwicklung der Beziehungen mit der Bemerkung versehen: Das haben wir doch schon immer gewußt! Dieser Haltung sollten wir entschieden entgegentreten. Denn sie beinhaltet ja nicht nur Enttäuschung, was

Ich noch verstehen könnte, sie beinhaltet auch Resignation und trägt damit den Keim der Rückentwicklung in sich. Und letztlich verbirgt sich hinter diesen Stimmen auch manche grundsätzliche Gegnerschaft, die sich nur nicht oder nicht immer offen zu zeigen wagt.

Für gefährlich erachte ich daneben auch jene Einstellung, die jede Rechnung, die von der einen Seite im Verlaufe der Verhandlungen aufgemacht wird, sofort mit einer Gegenrechnung beantwortet. Etwas nach dem Motto: Wenn wir dies oder jenes nicht bekommen, dann könnt ihr auch jenes nicht haben. Nun haben Politiker - darin ähneln sie den Kaufleuten - nichts zu versprechen. Aber andererseits darf man meines Erachtens politische Gespräche von großem Gewicht auch nicht unter das Mittelmaß pedantischer Pfennigfucherei und kleinlichen Krämertums stellen. Wer dies tut, läuft Gefahr, die Einigkeit in der Zielsetzung durch endlose Streitigkeiten im Detail schließlich und endlich zu gefährden, wenn nicht sogar zu zerstören. Wer die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen in den letzten zwei Jahren aufmerksam verfolgt hat, wird wissen, daß diese Bemerkungen sehr reale und sehr konkrete Erfahrungen beschreiben.

Mir scheint, es könnte hilfreich sein, wenn jemand wie ich, der nicht unmittelbar am schwierigen Geschäft der Verhandlungen über die komplexen Sachverhalte wie wirtschaftliche Zusammenarbeit oder der Familienzusammenführung beteiligt ist, einige Erwartungen äußert.

1/ Die erste Erwartung lautet, daß alle Verhandlungsteilnehmer stets fähig sein möchten, nicht nur die eigene Position zu sehen, sondern auch die der anderen Seite;

2/ die zweite Erwartung lautet, jeder Verhandlungsteilnehmer möge sich stets daran erinnern, daß nur die Theologie Grundsätze von Ewigkeitswert formuliert, Politik dagegen immer noch die Kunst des Möglichen ist.

3/ Und die dritte Erwartung lautet schließlich, daß alle Verhandlungsteilnehmer beim Aufrechnen von Soll und Haben die schwer einzuordnenden Aktivposten besserer politischer, wirtschaftlicher, kultureller und menschlicher Beziehungen nicht aus den Augen verlieren.

Der Bürgermeister einer traditionsreichen Kaufmannstadt, wie ich es bin, weiß bei dieser dritten Bemerkung besonders genau, wovon er redet: Kluge Kaufleute und kluge Politiker danken nicht in kleiner Münze. Die besten Investitionen sind immer noch jene gewesen, die Kooperation ermöglicht, Vertrauen bestärkt und Freundschaft begründet haben. Aber ich will nicht verhehlen, daß ich meine Position auch damit begründe, daß ich geschichtliche Geschehnisse der letzten 200 Jahre, insbesondere die Schrecken deutscher faschistischer Okkupation in Polen als Auftrag verstehe, nicht nur Brücken für die Zukunft mitzubauen, sondern mitzuwirken, daß diese Geschehnisse nicht aus Bequemlichkeit oder Kurzsichtigkeit aus der Erinnerung unseres Landes verdrängt werden.

(-/21.3.1974/ks/pr)

+ + +

Lohn der Beharrlichkeit

Sportvereinbarung ein Ergebnis politischer und sportlicher Vernunft

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die nüchterne Betrachtungsweise, die Bundeskanzler Willy Brandt vor wenigen Tagen zur Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen zum Ausdruck brachte, hat sich bei der Verhandlungsrunde der beiden deutschen Sportbünde in Frankfurt a.M. uneingeschränkt realisiert. Die dort getroffene Vereinbarung über die volle Einbeziehung der Sportorganisationen von Berlin (West) entspricht nicht nur sportlicher Vernunft, den Beachtungen und Regeln des Internationalen Olympischen Komitees und der internationalen Sportföderationen, sondern auch sozialdemokratischer Sportpolitik.

Das gemeinsame Kommuniqué und das Protokoll über die "Regelung der Sportbeziehungen zwischen dem DTSB und dem DSB" gibt einerseits die feste Haltung der Delegation des Deutschen Sportbundes, ein vernünftiges Einlenken des DTSB und die erfolgreichen Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung durch Bundesminister Egon Bahr und Staatssekretär Günter Gaus wieder. Das in Frankfurt erzielte Ergebnis bietet durchaus eine tragbare Grundlage für die im April/Mai dieses Jahres zu erwartende Ergänzung über verbindliche Sportbegegnungen. Die nützlichen Bemühungen der Bundesregierung und die klare Haltung der SPD werden auch durch die Äußerungen des DTSB-Präsidenten und SED-ZK-Mitglieds Manfred Ewald deutlich, der das Verhandlungsergebnis in direkten Zusammenhang mit Fortschritten auf anderen Gebieten der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten stellte.

Für Euphorie gibt es auch in den innerdeutschen Sportbeziehungen keinen Platz. Beharrliche Bemühungen in Richtung Normalisierung sind letztlich erfolgreicher als Maximalforderungen, die auch in diesem Bereich von der CDU/CSU bevorzugt werden. Die jetzt von den beiden deutschen Sportbünden getroffene Vereinbarung enthält die zwingende Pflicht, den anormalen Zustand zwischen den deutschen Sportorganisationen auf dem kürzesten Wege zu beenden.

Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, diese Zielsetzung mit sinnvollen sportpolitischen und finanziellen Förderungsmaßnahmen zu unterstützen.
(-/21.3.1974/bgy/pr)

+ + +

Bundesrepublik muß ein Land für Leser werden

Im Bibliotheksbereich bereits ein kulturelles Entwicklungsland

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

Als der Bundeskanzler am 15. März die Einbringungsrede für den Bildungsgesamtplan im Plenum des Deutschen Bundestages hielt, war das nicht nur der Form nach ein Novum. Dieses Arbeitsergebnis der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, das unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Klaus von Dohnanyi zustandekam, umreißt zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik eine überwiegend gemeinsame Konzeption für die Entwicklung der Schulen und Hochschulen, der Berufsbildung und der Weiterbildung. Einen besonderen Abschnitt widmet der Plan einem Gebiet, das in den fünfziger und sechziger Jahren in schwer zu verantwortender Weise ins Hintertreffen geraten ist: dem Bibliothekswesen.

In diesem Bereich wurde die Bundesrepublik, das - wie einige noch immer meinen - "Land der Dichter und Denker", tatsächlich ein kulturelles Entwicklungsland. Folgende Ziffern, die noch vor zwei Jahren in der Statistik zu Buch schlugen, belegen das:

Anzahl der Buchausleihen pro Jahr durch alle Bibliotheken

Bundesrepublik	etwa 180 Millionen
Großbritannien (zehn vH. weniger Einwohner)	600 Millionen

Anschaffungsetat für Bücher jährlich je Kopf der Bevölkerung

Schweden	für	DM	6,80
Dänemark		DM	15,-
Bundesrepublik		DM	-,40

Während zum Beispiel alle skandinavischen Länder ein hochentwickeltes öffentliches Bibliothekssystem besitzen, steckt es in der Bundesrepublik erst in den Anfängen. Endlich setzt der Bildungsgesamtplan Daten für den Ausbau eines leistungsfähigen Bibliothekernetzes im Verbund aller Bibliotheken in Bund, Ländern und Kommunen, und zwar in einem Multimediasystem.

Für Ausbildung und Weiterbildung in fast allen Bildungsgängen und Berufen erhalten Bibliotheken als Informationszentren (Buch, Dia, Platte, Kasette, Film und Mikrodatenbank), wenn nicht alles täuscht, in den kommenden Jahren rapide wachsende Bedeutung. Nach den Forderungen des Bildungsgesamtplans soll erreicht werden, "daß gewünschte Bücher, Zeitschriften und andere Informationsmittel binnen kürzester Frist an jedem Ort des Bundesgebietes verfügbar sind". Fahrbibliotheken sollen vermehrt werden und Mediotheken aufnehmen. Mehr als je zuvor geht das Bildungsangebot auch auf das Land: Das Bibliothekswesen ergänzt Fernlehrgänge im Medienverbund. Was in England die "Open University" als Fernuniversität leistet, bedarf auf Bundesebene der Nachahmung und ist keineswegs denkbar ohne regionale Lehrkurse (Tutoren) und ein dichtgestaffeltes Bibliothekssystem.

Diese Notwendigkeiten sind ohne zwei Voraussetzungen nicht zu meistern: zum einen die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und Bund, zum

anderen eine wirkungsvolle Aufstockung des Bibliothekersonnals und der Etats. Deswegen sollen die öffentlichen Bibliotheken nach dem Bildungsgesamtplan wie folgt verstärkt werden:

Allgemeiner Bibliotheksausbau in den Jahren

	1970	1975	1980	1985
Buchbestand (in Millionen Bänden)	34	42	51	60
Personal (in Tausend)	5	8	11	14
Fahrbibliotheken	80	240	500	800
Medieneinheiten (in Millionen Einheiten)	-	2	4	6

Wenn diese Zahlen nicht nur ein Beruhigungsspiel für unzufriedene Bibliothekbenutzer und Bibliothekare abgeben sollen, sondern gebieterische Zielvorstellungen für die Verwirklichung darstellen, erfordert das freilich ein bildungspolitisches Umdenken mit aller Konsequenz. Vor allem werden die Bildungspolitiker den Kämmerern und Finanzministern die erforderlichen Gelder abringen müssen, denn wenn Liebe durch den Magen geht, dann geht Kulturpolitik durch den Etat.

Was die Verantwortlichen des Bücherwesens, die Bibliothekare betrifft so haben sie auf ihrem Hamburger Kongreß am 14. Juni 1973 ihren "Bibliotheksplan 73" vorgelegt, der mit Zuschüssen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft gefördert wurde. Seine Daten wurden im Bildungsgesamtplan berücksichtigt. Aber der Nachholbedarf ist enorm, wenn die Bundesrepublik auch nur mit einigen Nachbarländern gleichziehen will, in denen das Bibliothekssystem vorbildlich funktioniert.

Außerdem sollte sich eines von selbst verstehen: Die Schriftsteller aller Art, denen seit dem 1. Januar 1973 auf Grund der Novellierung des Urheberrechtsgesetzes die Bibliotheksabgabe, der sogenannte "Bibliotheksgraschen", zusteht, dürfen keinesfalls aus den bisherigen (ohnehin zu geringen) Anschaffungsetats der Bibliotheken abgefunden werden. Ebenso wenig kann den Benutzern öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliotheken das Ausleihonorar - das zur Hälfte einem Sozialwerk für Schriftsteller zufließt - auferlegt werden. Die Autoren in der Bundesrepublik haben deswegen wie ihre Kollegen in England und in anderen Ländern an die zuständigen Kultusminister und also die Finanzminister appelliert, die Bibliotheksabgabe in zusätzlicher Leistung durch öffentliche Fonds zu übernehmen. Hierzulande sind in dieser Sache in erster Linie die Bundesländer als Träger der Kulturhoheit angesprochen. Auch dies ist ein Punkt, der zur Realisierung des Bildungsgesamtplans gehört: zu einem kompletten Bibliothekswesen in einem Land für Leser.

(-/ 21.3.1974/bgy/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller